

PD Dr. Ansgar Klein

---

### **Räume der Selbstwirksamkeit als Orte demokratischen Lernens –**

### **Herausforderungen der Engagement- und Demokratiep politik als zivilgesellschaftlicher Strukturpolitik und Gesellschaftspolitik<sup>1</sup>**

Die repräsentative Demokratie steht in Deutschland – nachdem lange Zeit und immer noch die deutsche Einheit im Zentrum der innenpolitischen Diskurse steht – vor einer Bewährungsprobe durch Wutbürger und Rechtspopulisten. Zentrale Stichworte hier sind etwa eine wachsende soziale Ungleichheit auch hierzulande, zunehmende prekäre Arbeitsverhältnisse, eine immer sichtbarer werdende Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum in den Städten oder die soziale Selektivität des Bildungssystems. Die globalisierten Märkte produzieren ihre Verlierer und erzeugen in Kopplung mit entsprechenden sozialpolitischen Rahmungen wie Hartz IV Ängste vor einem schnell möglichen sozialen Abstieg, die politisch nicht folgenlos bleiben und systematisch als politisches Kapital mobilisiert werden. Während Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört, wird die soziale Spaltung auch hierzulande immer sichtbarer. Für demokratische Gesellschaften stellt sich angesichts einer immer mehr Menschen erfassenden sozialen Abwärtsdynamik die Frage nach der Bedeutung sozialer Bürgerrechte für demokratische Politik. In vielen Mitgliedsländern der EU, nun aber auch in Deutschland selber erleben wir Prozesse der Renationalisierung und ein mit wachsenden Zuläufen erstarkendes rechtspopulistisches politisches Akteursspektrum.

Im Kontext der 2015 erfolgten Zuwanderung von über 800.000 Geflüchteten und Armutszugewanderten konnte sich die AfD in einer wachsenden Zahl von Bundesländern als neue Partei etablieren und wirft bereits jetzt – mehrere Monate vor der Bundestagswahl – auch auf Bundesebene lange Schatten. Die bestehenden Ängste werden über die Figur des „Wutbürgers“ systematisch inszeniert. „Postfaktische“ Gewissheiten, Emotionalisierung und die systematische Instrumentalisierung der selber angefachten „Wut“ als politisches Kapital in bisherigen und kommenden Wahlkämpfen stellen die etablierten Akteure und Formate der repräsentativen Demokratie in Frage. Nicht zufällig ist die Forderung Nr. 1 des AfD-Wahlprogramms die direkte Demokratie auf Bundesebene, hier jedoch systematisch verstanden als Instrument der Mobilisierung von Wut und Politikverdrossenheit und damit als fortwährende Voraussetzung weiterer Erfolge der AfD. Die politische Klasse und die Medien werden seitens rechtspopulistischer Akteure unter Generalverdacht gestellt. Es stellt sich

---

<sup>1</sup> Dieser Text erscheint in: Taube, Gerd/ Fuchs, Max/ Braun, Tom (Hg.) 2016: Handbuch Das Starke Subjekt. Schlüsselbegriffe in Theorie und Praxis (AT) München: Kopaed.

angesichts dieses realen Szenarios daher die Frage, wie und unter welchen Voraussetzungen die repräsentative Demokratie mit diesen neuen Herausforderungen umgehen sollte.

Im Folgenden werde ich versuchen, dieser Frage nachzugehen. Zunächst komme ich auf die wachsende Bedeutung sozialer Bürgerrechte als Voraussetzung demokratischer Politik zu sprechen (1). In einem zweiten Schritt möchte ich deutlich machen, dass die Ermöglichung realer und selbstwirksamer Teilhabe in den Erfahrungs- und Handlungsräumen der Zivilgesellschaft eine wesentliche Voraussetzung für das erfahrungsbezogene politische Lernen und die hier erfolgende Ausbildung eines demokratischen Habitus von Bürgerinnen und Bürgern darstellt. Das politische Lernen durch Engagement, der Zusammenhang von Engagement und Partizipation sowie der notwendige Erfahrungsbezug des politischen Lernens machen deutlich, dass demokratische Subjekte auf zivilgesellschaftliche Kontexte und Erfahrungsbezüge angewiesen sind, in denen nicht nur kognitive, sondern eben auch normative und affektiv-emotionale Bildungsprozesse stattfinden. Eine in diesem Sinne verstandene „Citizen Education“ ist mehr als eine handlungsentlastete politische Bildung in den Formaten formaler Bildungsinstitutionen. Sie setzt auch grundlegend Erfahrungsbezüge für ein demokratisches Lernen voraus. Vor diesem Hintergrund rückt die Bedeutung einer erfahrungsbezogenen politischen Bildung in den Blick (2).

In einem dritten Schritt möchte ich schließlich Engagement- und Demokratiepoltik als Politikfelder von wachsender Bedeutung skizzieren, da genau hier gesellschaftspolitische Antworten auf die Instrumentalisierung der Wutbürger zu finden sind. Ich werde einige der zentralen Themen dieser Politikfelder deutlich machen, die wesentliche Antworten auf die Herausforderungen des Rechtspopulismus bereithalten: Gute und niedrigschwellige Zugänge zu Erfahrungs- und Praxisräumen der Zivilgesellschaft, in denen eigensinnige Selbstwirksamkeitserfahrungen und die Gestaltung der Gesellschaft zumindest im Kleinen möglich sind (so ein zentrales erhobenes Motiv im Freiwilligensurvey der Bundesregierung). Diese Erfahrungs- und Praxisräume der Zivilgesellschaft müssen durch nachhaltige Begleitung seitens zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen stabilisiert und fortentwickelt werden. Hier werden Partizipation, Engagement, präventive Maßnahmen gegen unzivilisiertes Handeln, aber auch Information, Vernetzung, Beratung, Mittlerfunktionen zwischen Zivilgesellschaft, Kommunen/Staat und Wirtschaft oder auch Bedarfe der Fortbildung zu zentralen und nachhaltig vorzuhaltenden Aufgaben. Ein aktueller Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) setzt hier an. Die hier knapp skizzierten Argumente dieses Gesetzentwurfes gehören in den Themenkreis einer möglichen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in der kommenden Legislaturperiode, die von Akteuren der Zivilgesellschaft (Klein 2001; 2011) schon länger gefordert wird (3).

## **1 Soziale Bürgerrechte als Voraussetzung demokratischer Politik**

In der engagement- und demokratiepolitischen Diskussion gewinnen Fragen der sozialen Bürgerrechte und die gesellschaftspolitischen Dimensionen moderner Sozialpolitik an Ge-

wicht. Sozialpolitik sollte sich in der Wohlfahrtsgesellschaft als Ermöglicher des eigensinnigen Engagements auch im Sinne gesellschaftlicher Inklusion verstehen und gezielt entsprechend fortentwickelt werden. Das Thema der sozialen Bürgerrechte ist auch für die Zukunft Europas, im Zusammenhang mit Menschenrechten und Flucht, ein zentrales Thema der notwendigen Zukunftsorientierung auf Basis geteilter Werte geworden, für die nicht nur die demokratischen Parteien, sondern auch die Zivilgesellschaft künftig verstärkt selber eintreten sollte.

Das problematische Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie (Ungleichheit) und politischer Demokratie (Gleichheit) hat grundlegend bereits Thomas H. Marshall (1992; engl. 1959) in seinem Buch *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates (Citizenship and Social Class)* diskutiert. Armut wird heute verstanden als ein Mangel nicht nur an Geld, sondern auch an Bildung oder sozialen Kontakten. Dann entsteht eine differenzierte Karte sozialer Milieus und ihrer Bezüge und Grenzen zueinander. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten tritt der Kontrast zunehmend vor Augen, der sich zwischen den für alle Bürgerinnen und Bürger demokratischer Gesellschaften gleichen zivilen, politischen und sozialen Rechten und den Befunden der modernen Armutsforschung auftut.

Ulrich Rödel, Günther Frankenberg und Helmut Dubiel haben mit ihrem Essay „Die demokratische Frage“ (Rödel u.a. 1989) die politische Rolle der Zivilgesellschaft diskutiert. In den 1990er Jahren stellte Frankenberg vor diesem Hintergrund die – hier wieder aufgegriffene – Frage nach der Bedeutung der sozialen Bürgerrechte für die Zivilgesellschaft. Er unterstrich, dass für moderne Sozialpolitik das Ziel einer zivilgesellschaftlichen Inklusion und die Aufgabe der Ermöglichung bürgerschaftlichen Engagements ins Zentrum der normativen Begründung gestellt werden müssen:

„Dass die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft nicht nur formal gleichberechtigt sein müssen, ihnen vielmehr auch zu ermöglichen ist, sich an der Streitkultur im weitesten Sinne zu beteiligen, gestattet nunmehr, die ‚Logik der Fürsorge‘ unter Bezug auf die grundlegende Konvention weiterzuentwickeln und das sozialstaatliche Leistungssystem mit der Idee und Praxis der Zivilgesellschaft zu verknüpfen.“ (Frankenberg 1997: 193). Unter einer „grundlegenden Konvention“ versteht Frankenberg „eine wechselseitige Verpflichtung auf Zivilität. ... Die Bezeichnung *Konvention* soll signalisieren, dass diese Verpflichtung nicht vom Himmel fällt, sondern Resultat einer Übereinkunft ist, die immer nur temporär eingegangen wird, also jederzeit reversibel davon abhängt, dass die Beteiligten für sie eintreten.“ (ebenda: 56).

In den heutigen engagementpolitischen Diskursen wird zunehmend herausgearbeitet, dass nicht nur die von Frankenberg im engeren politischen Sinne angesprochene demokratische „Streitkultur“, sondern auch das Engagement in seinen praktisch-gestaltenden Dimensionen wesentlich zur Partizipationskultur gehört (Klein/Sprengel/Neuling 2016). In diesem Sinne ist im Konzept des „bürgerschaftlichen Engagements“ der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) die bürgerschaftliche Dimension des Engagements beschrieben worden. Die Bürgergesellschaft wird dort als ein nicht nur sozialer, son-

dern ebenso auch politischer Raum angesprochen. Der Zusammenhang von Engagementpolitik und Demokratiepoltik ist hier grundgelegt.

## **2 Ermöglichung realer und selbstwirksamer Teilhabe in den Erfahrungs- und Handlungsräumen der Zivilgesellschaft**

### *Bürgerschaftliches Engagement*

Der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“, den die Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vorgeschlagen hat, ist nicht nur ein Sammelbegriff, der die Vielfalt der Engagementformen (Ehrenamt, Selbsthilfe, freiwillige Tätigkeit...) im Überblick für eine zusammenhängende Analyse umfasst. In der Begriffsbestimmung wird dieses Engagement als ein Handeln verstanden, das in der Einstellung von Bürger\_innen erfolgt. Daher auch die Wortwahl „bürgerschaftlich“: Gemeint ist hier nicht das Engagement des Bürgertums, also das „bürgerliche“ Engagement der Mittelschichten, sondern das eigensinnige selbstgewählte Handeln selbstbewusster Bürger\_innen. Der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ ist hier von vornherein auf den Zusammenhang von praktischer Zeitspende und einer auf das politische Gemeinwesen orientierten Einstellung bezogen. Neben der Freiwilligkeit, der kooperativen Umsetzungs- und Erbringungsweise und der Abwesenheit von materieller Gewinnorientierung des Engagements gehören dessen „Gemeinwohlorientierung“ und seine Orientierung an der Arena des öffentlichen Raums zu seinen Definitionsmerkmalen (Deutscher Bundestag 2002, S. 86). Das „bürgerschaftliche“ am Engagement ist gerade in diesen beiden letztgenannten Definitionskriterien grundgelegt und lässt sich plastisch in dem empirisch vorgefundenen Motiv der Mehrzahl der Engagierten übersetzen, durch ihr Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten zu wollen (BMFSFJ 2010, S. 12).

Das Begriffsverständnis von bürgerschaftlichem Engagement ist hier eng mit dem Diskurs der Zivilgesellschaft (Klein 2001) verbunden. Erforderlich ist daher zum einen ein genauer Blick auf den intermediären Raum der Assoziationen und der Öffentlichkeit, die Politik und Gesellschaft in vielfacher Weise verbinden. Zum anderen aber auch der genauere Blick auf das Engagement der Bürger\_innen, mit dem diese die Angelegenheiten der Gesellschaft auch jenseits des „Mitredens“ (Evers 2014) im Engagement ganz praktisch, im Modus der Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft, gestalten. Hier, dies macht eine Erweiterung des Begriffsverständnisses von „bürgerschaftlichem Engagement“ um den Bezug auf die „Erzeugung öffentlicher Güter“ deutlich, geht es „nicht primär darum, dass sich Bürger dauerhaft politisch betätigen, sondern darum, ob die Bürger fähig sind, immer wieder auch Interessen zu verfolgen, die über ihre unmittelbaren Eigeninteressen hinausgehen und den Angehörigen anderer Gemeinschaften sowie dem übergeordneten Gemeinwohl nützen“. Engagement ist als praktisches Tun nach diesem Verständnis auch eine Aktivität „zur Erzeugung und Vermehrung öffentlicher Güter“ (Olk/ Hartnuß 2011: 158) in der Wohlfahrtsgesellschaft (Evers 2014). Der oft zitierte „Eigensinn“ des Engagements liegt genau an dieser Schnittstelle des

praktischen Tuns mit einem auf die Gesellschaft (vor allem im sozialen Nahraum) bezogenen Gestaltungsmotiv, der sich selbst in scheinbar politikfernen Formen des sozialen Engagements noch im Anspruch auf die „Selbstwirksamkeit“ des eigenen Tuns ausdrückt.

### *Partizipationsbezüge des Engagements*

Der Freiwilligensurvey weist „Politik und Interessenvertretung“ als einen eigenen Engagementbereich aus, der gerade einmal eine Größe von 2,7 Prozent der Engagierten umfasst (BMFSFJ 2010, S. 7). Diese Bereichsaufteilung des Engagements beruht auf einem Verständnis von Politik, das sich explizit auf den Bereich des Staates und der sich an ihn wendenden Interessenorganisationen beschränkt. In einem solchen Verständnis ist es in der Tat ein weiter Weg von diesem explizit politischen Engagement bis hin zu den Tätigkeiten in verschiedenen Engagementfeldern, in denen sich die erwähnten Gestaltungsmotive des bürgerschaftlichen Engagements mit ihren (mikro-)politischen Dimensionen ebenfalls finden lassen. An dieser Stelle ignoriert die empirische Erhebung den „Eigensinn“ des bürgerschaftlichen Engagements und kommt damit zu marginalen Zahlen eines „politischen“ bürgerschaftlichen Engagements, die die – ebenfalls im Freiwilligensurvey erhobenen – mikropolitischen Engagementmotive völlig ausblenden (siehe zur Diskussion auch: Evers 2014).

Ich möchte demgegenüber die grundlegenden Partizipationsbezüge des Engagements in einem zivilgesellschaftlichen Handlungsraum deutlich machen, der selber politische Qualitäten aufweist. Dies kann ich dann besser demonstrieren, wenn Partizipation als ein Prozess verstanden wird, der sich aus Phasen der Meinungs- und Willensbildung, der Entscheidungsfindung und der Umsetzung von Entscheidungen zusammensetzt. Derart differenziert ermöglicht der Blick auf Partizipation als Prozess die Identifizierung von starken Einflüssen des Engagements auf Partizipation und erweitert damit auch die Agenda der demokratiepolitischen Diskussion.

In der Phase der Meinungs- und Willensbildung spielen deliberative und assoziative Formen der Beteiligung eine zentrale Rolle. Mit Blick auf die Bedeutung von Engagement ist hier zu berücksichtigen, dass durch die Erfahrungsbezüge des bürgerschaftlichen Engagements ein mehr oder weniger intensives politisches Lernen erfolgt, das aus dem praktischen Mitleben des Engagements zu Momenten oder auch intensiveren Handlungssequenzen des Mitlebens führt. Im Engagement können Probleme als politische Probleme identifiziert und auch Adressat\_innen der Problemlösung auf den Ebenen des politischen Systems identifiziert werden. Das Interesse an den politischen Akteuren und Institutionen entsteht aus den praktischen Erfahrungs- und Handlungszusammenhängen eines bürgerschaftlichen Engagements, das bei Bedarf an politischen Problemlösungen entsprechende politische Problemhinsichten generiert.

In der Diskussion über Bürgerbeteiligung schließt an diesen Problemzugang ein breites Spektrum an deliberativen Beteiligungsformaten des „Mitlebens“ an. In den Phasen der Meinungs- und Willensbildung werden die Erfahrungsbezüge des Engagements für Problemhinsichten und Entscheidungsagenden fruchtbar gemacht. Dabei kommt es auf die Wahl

geeigneter deliberativer Formate an, um etwa auch beteiligungsferne Gruppen der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse einbeziehen zu können. Entscheidende Voraussetzung für den Erfolg solcher Formate haben Elemente, die die Selbstwirksamkeit von Engagement und Beteiligung bei Problemlösungen sichtbar und nachvollziehbar machen, etwa eigene Stadtteilbudgets. Die Entwicklung derartiger „aufsuchender Formate“ der Engagementförderung ist daher ein gemeinsames Anliegen der Engagement- und Demokratiepoltik und es sollte auch von den Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, so sie denn nachhaltige Ausstattungen haben, als Teil der eigenen Agenda verstanden werden.

In der Phase der Meinungs- und Willensbildung angesiedelt sind übrigens auch die Formate der „assoziativen Demokratie“ (Klein/ Olk 2014). Diese zielen auf die Förderung unterrepräsentierter Interessen ebenso wie auf nicht-partikulare Formen der Interessenartikulation und die Sachkompetenz der Assoziationen. Eine Stärkung der Assoziationen der Zivilgesellschaft in diesem Sinne setzt das Selbstverständnis von Interessengruppen einem Lernprozess im Horizont des politischen Gemeinns aus. In Übernahme des schon von Tocqueville her bekannten und in der neueren republikanischen Demokratietheorie immer wieder angeführten Argumentes der Assoziationen als „Schule der Demokratie“ rückt hier der Blick auf ein für Lernprozesse offenes Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Assoziationen ebenso ins Zentrum wie die soziale Basis der Solidarität und einer für egalitäre Politik aufgeschlossenen politischen Kultur. Die Ausbildung neuer Solidaritäten ist angesichts der Erosion organischer Solidaritäten und der Auflösung von Traditionsbeständen sogar ein primäres Ziel assoziativer Demokratie. Über eine assoziative Demokratie ist die Beteiligung der Bürger\_innen nicht auf den demokratischen Wahlakt der repräsentativ-demokratischen Institutionen begrenzt. Die Bürger\_innen werden über ihre Vereinigungen an der Politik kontinuierlich beteiligt (Klein/ Olk 2014).

Die Phase der Entscheidungsfindung ist nicht mehr allein durch die Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie geprägt, sondern es sind ergänzend Akteure und Formate der „direkten Demokratie“ hinzugekommen. Zuweilen werden die Formate der direkten Demokratie vorschnell herangezogen und gefährden dann die in der Bürgerbeteiligung erfolgenden Lernprozesse der Meinungs- und Willensbildung durch eine dieser Lernprozesse abbrechende ja/nein-Entscheidung, vor allem in der lokalen Demokratie (Hummel 2014). Doch die direkte Demokratie hat den unbestrittenen Vorzug, Mehrheiten für ein Anliegen sichtbar zu machen und einen entsprechenden Handlungsbedarf der repräsentativen Demokratie aufzudecken und auch auf die politische Tagesordnung zu setzen. In Deutschland haben sich direktdemokratische Verfahren mittlerweile auf der Ebene der Kommunen und Länder weit hin durchgesetzt. Auf der Ebene der Bundespolitik stehen sie freilich noch aus. Die direkte Demokratie auf Bundesebene würde durch die Regeln des Grundgesetzes auf solche Fragen und Themen eingegrenzt, die sich nicht gegen die Grundrechte wenden (etwa wäre eine Volksentscheidung zur Todesstrafe hierzulande aus diesem Grund nicht möglich).

In der Phase der Umsetzung von Entscheidungen kommt das bürgerschaftliche Engagement dann wieder in starkem Maße in den Formaten der „kooperativen Demokratie“ ins Spiel (Ross 2012). Genau hierauf zielt eine definitorische Erweiterung des Begriffsverständnisses von bürgerschaftlichem Engagement auf die „öffentlichen Güter“ (Olk/ Hartnuß 2011; zur Debatte um die *Commons* siehe Helferich 2012). Die Idee der durch Koproduktionen von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft als *Welfare Mix* im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichten Wohlfahrts-gesellschaft rückt ab von einer etatistischen Fixierung und schließt an die Idee der Subsidiarität in der sozialen Leistungserbringung an. Die Debatte um Dorfläden, Bürgerbusse, Bürgerbahnen oder auch das Engagement in der Pflege reißt nicht ab. Sie macht zum einen die Risiken einer überzogenen Marktorientierung für eine Instrumentalisierung des Engagements deutlich, zum anderen aber auch die Chancen dieser neuen Kooperationen, die den Blick auf das Verhältnis von Wirtschaft und Zivilgesellschaft schärfen und entwickeln werden.

#### *Politisches Lernen in den zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen des Engagements*

Die Kompetenzgewinne im bürgerschaftlichen Engagement stärken Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die demokratische Praxis von erheblicher Bedeutung sind. Dazu zählen etwa das Leiten von Versammlungen, rhetorische oder auch organisatorische Kompetenzen und das damit verbundene Selbstbewusstsein der Akteure (Rauschenbach u.a. 2008; zu Kompetenzgewinn durch Engagement Klein/Hugenroth 2013). Eine politische Bildung, die sich auf die Erfahrungen und Handlungsbezüge des bürgerschaftlichen Engagements bezieht, trägt ihrerseits zur politischen Reflexion der Engagementpraxis systematisch bei.

Die Bedeutung des politischen Lernens in den zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen des bürgerschaftlichen Engagements erwächst insbesondere aus den dort vorzufindenden Erfahrungsbezügen. Didaktik und Methodik politischer Bildung haben bereits seit längerem die Weichen gestellt, um die Erfahrungsräume des bürgerschaftlichen Engagements für die politische Bildung fruchtbar zu machen: Hierfür stehen eine Reihe einschlägiger Stichworte aus der didaktischen Diskussion, angefangen etwa bei der Bedeutung der Alltagsorientierung, von Betroffenheit und Bedeutsamkeit, von Community education, Erfahrungsorientierung, exemplarisches Lernen, Gemeinwesenorientierung, der Rolle von Handlungsorientierung bis zum Zusammenhang von Motivation und Betroffenheit und der Bedeutung des sozialen Lernens für die politische Bildung (Klein 2013b).

Vor dem Hintergrund einer erforderlichen Intensivierung der Kooperation können die Akteure lokaler Bildungslandschaften (Klein/ Schwalb 2016) – schulische wie außerschulische politische Bildung, VHS, die Trägerstrukturen, Netzwerke und Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements – kooperativ neue Möglichkeiten erschließen, um die politische Bildung im Sinne einer „civic education“ systematisch fortzuentwickeln.

### *Erfahrungsorientierung und Handlungsbezüge des Engagements als Lernorte der Zivilität*

In den Erfahrungsräumen des Engagements geht es – nicht ohne Kontroversen und Konflikte! – wesentlich immer auch um die Werte, die sich auf die Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens beziehen. Der Habitus der bürgerschaftlichen Zivilität kann nur in diesen Erfahrungsräumen aktiv angeeignet und damit auch affektiv und normativ verankert werden. Eine nicht nur auf Informationsvermittlung und Wissen, sondern auch auf moralische wie emotionale Dimensionen des politischen Lernens ausgerichtete politische Bildung, der es auch um „Engagement, Verantwortung und Parteinahme für die Demokratie“ (Meyer 1999: 260) geht, ist auf eine solche Werteerziehung angewiesen. „Wir müssen junge Menschen durch das Angebot einer demokratisch strukturierten Erfahrungswelt zu Demokraten erziehen.“ (Edelstein 2012: 40). Für die Demokratiepädagogik sind „Anerkennung, Überzeugung eigener Wirksamkeit und Verantwortungsbereitschaft ... grundlegende Dispositionen des sozialen Handelns und Tugenden des zivilgesellschaftlichen Engagements, das der Demokratie als Lebensform ihre Kraft und ihren Bestand sichert.“ (ebenda).

Die notwendige Erfahrungsorientierung politischer Bildung wurde in der Tradition des amerikanischen Pragmatismus insbesondere von John Dewey (deutsche Übersetzung 1993) hervorgehoben. Es geht dann vor allem darum, Strukturen der politischen ‚Makrowelt‘ (z.B. umweltpolitische Strukturen, ‚globales Denken‘) in der authentisch erfahrbaren sozialen und politischen ‚Mikrowelt‘ (z.B. in Form umweltpolitischen ‚lokalen Handelns‘) auszumachen und für Lernhandlungsprozesse zu nutzen. Die Öffnung der Schule in den drei Dimensionen als Lebens- und Erfahrungsraum, als Öffnung des Unterrichts und als Öffnung zum sozialen Umfeld hat die neueren Diskussionen der „Demokratiepädagogik“ stark beeinflusst.

Neben der Erfahrungsorientierung trägt auch die Handlungsorientierung zur politischen Bildung bei. Damit sind direkte Bezüge zu den Erfahrungshorizonten des bürgerschaftlichen Engagements angesprochen. In den Fachdiskussionen der politischen Bildung wird dieses Thema verbunden mit der Diskussion der Zusammenhänge von politischem und sozialem Lernen (Behrmann 1988; Claußen 1996). Handlungsorientierung bezieht sich in der Regel auf äußere Aktivitäten („Tat“), aber auch auf gedankliche Probeaktivitäten und kommunikatives Handeln (Grammes 1999 b). Der Ernstcharakter der Lernsituation, die Freiwilligkeit seiner Wahl, die projektspezifische Mobilisierung mit der Möglichkeit exemplarischen Lernens und die Offenheit des Handlungsrepertoires und der Lernhorizonte sprechen für diesen Ansatz.

### *Von politischer Bildung zu Civic Education*

Normativer Bezugspunkt einer Handlungsorientierung politischer Bildung sind die aktiven Bürgerinnen und Bürger und eine aktive Zivilgesellschaft (Klein 2001). Zudem ist mit Konzepten der Handlungsorientierung auch ein ausgeweitetes Verständnis von Politik verbunden, das sich nicht nur auf den Staat bezieht, sondern auch die „Gestaltung der Gesellschaft zumindest im Kleinen“ umfasst. Genau dieses mikropolitische Motiv ist im Freiwilligensurvey für die große Mehrheit aller Engagierten erhoben worden (BMFSFJ 2010: 117). Das Verständnis des Politischen löst sich hier also aus den engen Begrenzungen eines institutionalis-

tisch verengten Politikbegriffs und wird um die Konnotationen zivilgesellschaftlicher Politik erweitert.

Aufschlussreich ist in der den Engagementbezug systematisch aufsuchenden Perspektive die starke Annäherung des Verständnisses von politischer Bildung und „Civic Education“ (Gals-ton 2003; Sliwka 2001). Die moralischen und emotionalen Dimensionen des Lernens werden durch die Erfahrungs- und Handlungsbezüge des politischen Lernens im bürgerschaftlichen Engagement gleichermaßen angesprochen wie die kognitiven Dimensionen. Das Spannungsfeld von handlungsorientiertem sozialen und politischen Lernen und handlungsentlasteter Reflexion in der politischen Bildung erweist sich als fruchtbar und belastbar und gibt Hinweise für künftige Entwicklungschancen der politischen Bildung. Auch die Zielgruppe der sog. „bildungsfernen“ Schichten, die zugleich auch als „engagementferne Schichten“ gelten müssen (Klatt/Walter 2011), wäre durch neue programmatische wie praktische Impulse der politischen Bildung wie auch der Engagementförderung stärker in den Blick zu nehmen.<sup>2</sup>

### **3 Rahmenbedingungen bürgerschaftlicher Selbstwirksamkeit. Die Agenda der Engagement- und Demokratiep politik**

An die Stelle einer bloß instrumentellen Bezugnahme etwa des Rechtspopulismus auf ein sich aufschaukelndes Zusammenspiel von Wut und Verdrossenheit gilt es reale und belastbare Erfahrungen mit Teilhabe und Engagement zu setzen und die dort möglichen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit mit Formen des demokratischen wie politischen Lernens zu verbinden. Im Sinne einer „reflexiven Demokratie“ (Schmalz-Bruns 1995) müssen die Institutionen der repräsentativen Demokratie dafür förderliche und entgegenkommende Rahmungen und Infrastrukturen engagement- und demokratiepolitisch fortentwickeln.<sup>3</sup> Ziel ist eine zivilgesellschaftliche Strukturpolitik als zentraler Bestandteil einer Gesellschaftspolitik, die die Erfahrungsräume von Selbstorganisation und Engagement systematisch fortentwickelt.

Einen guten Einblick in die engagementpolitische Agenda ermöglichen die aktuell vorbereiteten engagementpolitischen Impulse des BBE zur Bundestagswahl 2017 (BBE-Sprecherrat 2016): Gute und niedrigschwellige Zugänge zu Erfahrungs- und Praxisräumen der Zivilgesellschaft, in denen eigensinnige Selbstwirksamkeitserfahrungen und die Gestaltung der Gesellschaft zumindest im Kleinen möglich sind, müssen durch nachhaltige Begleitung seitens zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen stabilisiert und fortentwickelt werden. Hier werden Partizipation, Engagement, präventive Maßnahmen gegen unzivils Handeln, aber auch Information, Vernetzung, Beratung, Mittlerfunktionen zwischen Zivilgesellschaft, Kommunen/Staat

---

<sup>2</sup> Diese Entwicklung bietet auch die Chance einer gemeinsamen europäischen Entwicklung. Der Europarat hat die Diskussionen um civic education in den letzten Jahren systematisch im Rahmen des Programms „Education for Democratic Citizenship and Human Rights“ gefördert. Im Mai 2010 hat das Ministerkomitee des Europarates eine entsprechende Charta angenommen (Edler 2012).

<sup>3</sup> Zur Demokratiep politik siehe Roth 2011 und Ross 2012. Zur Agenda einer partizipativen und transparenten Digitalisierung siehe Nationaler Arbeitskreis OGP 2016. Zur Engagementpolitik siehe Olk/Klein/Hartnuss 2010; Hartnuss/ Olk/ Klein 2001; Klein 2013a und Klein 2015a und b.

und Wirtschaft oder auch Bedarfe der Fortbildung zu zentralen und nachhaltig vorzuhaltenden Aufgaben.

Engagementpolitik ist Gesellschafts- und Demokratiep politik und somit auch Querschnittspolitik (Hartnuß u.a 2011). Engagementpolitik hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die wesentlichen Kriterien des bürgerschaftlichen Engagements respektiert und anerkannt werden und die Menschen mit ihren je eigenen Möglichkeiten Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen können. Engagement in seinen vielfältigen Formen und Feldern erfordert professionelle Begleitung und Unterstützung durch Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung. Eine nachhaltig wirksame Engagement fördernde Infrastruktur erfordert eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung, die sowohl den Erhalt der derzeitigen Leistungen und Angebote als auch deren Ausbau und Weiterentwicklung ermöglicht.

Die Handlungsempfehlungen des BBE enthalten folgende zentrale Punkte:

- verlässliche Infrastrukturen
- Engagement als Bildungsort und Bildungsfaktor
- Freiwilligendienste
- Zeitpolitik als Engagementförderung
- Nachhaltigkeit und Engagement
- Europäische und internationaler Bürgergesellschaft stärken
- Rahmenbedingungen der Engagementpolitik
- Zivilgesellschaftsforschung

Ein aktueller Gesetzentwurf des BMFSFJ „...über die Verstetigung von Maßnahmen zur Demokratieförderung“ setzt bei der Herausforderung einer nachhaltigen zivilgesellschaftlichen Infrastruktur an. Der Gesetzentwurf begründet grundlegend eine Stärkung der Bundeskompetenz für Partizipation und Engagement und einen die einzelnen Zielgruppen übergreifenden, zeitlich nicht befristeten Förderhorizont, um Strukturen nachhaltig zu entwickeln. Die Länder sollen zudem, koordiniert vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAfzA) als nachgeordneter Behörde des BMFSFJ, zentral in die Förderentscheidungsprozesse eingebunden werden und so die regionalen Förderbedarfe selber wesentlich mitsteuern.

Erforderlich wäre freilich der Einbezug der engagementfördernden zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen in den hier eröffneten nachhaltigen Förderhorizont. Denn das im Gesetzentwurf zentral verfolgte Ziel der Extremismusprävention ist nichts anderes als die Entwicklung eines zivilen Bürgerhabitus in den zivilgesellschaftlichen Handlungs- und Erfahrungsräumen des Engagements. Dies setzt nachhaltige zivilgesellschaftliche Infrastrukturen voraus.

Der Gesetzentwurf hat jedoch die politische Öffentlichkeit bislang nicht erreicht. Da in diesem Gesetzesentwurf die Aufgaben der Demokratie- und Engagementpolitik systematisch

aufeinander bezogen werden, unterliegt er der zentralen Steuerung des Bundesinnenministeriums (BMI, zuständig für Partizipation) ebenso wie der Steuerung durch das BMFSFJ. Das führt nicht nur in diesem Fall oft zu Reformblockaden! Nicht nur für den Erfolg des skizzierten Gesetzentwurfes, sondern auch für die nachhaltige Stärkung der zusammenhängenden Felder von Engagement- und Demokratiepoltik gilt es an Stelle konkurrierenden Ressortdenkens innerhalb der Bundesregierung (das gilt analog auch für Länder, Kommunen und Europa) eine kooperative Querschnittssteuerung zu etablieren. So könnte etwa auch aus dem bisherigen Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag ein Hauptausschuss werden, der in integrierter Weise die Fragen der Engagement- und Demokratiepoltik inklusive der Extremismusprävention behandelt.

Eine von der Zivilgesellschaft schon seit längerem geforderte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages könnte zudem in der kommenden Legislaturperiode die hier knapp skizzierte Agenda der Demokratie- und Engagementpolitik (siehe auch Klein u.a. 2014) mit Blick auf das politische Mehrebenensystem analysieren und Handlungsempfehlungen aussprechen. Wie die 2002 beendete Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ könnte eine solche Demokratie-Enquete aus dem Zentrum der repräsentativen Demokratie heraus, dem Deutschen Bundestag, die reflexive Fortentwicklung der eigenen demokratischen Formen erörtern, die die repräsentative Demokratie zukunftssicherer machen könnten.<sup>4</sup>

### **Autor**

*PD Dr. Ansgar Klein, Dip.-Soz., Dr. Phil., Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. (Gründungs-)Geschäftsführer des „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagements“. 2000-2002 Wissenschaftskoordinator der SPD-Bundestagsfraktion für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Deutschen Bundestag 1999-2000. Geschäftsführender Hg. des 1988 gegr. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ und der Schriftenreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“. Mitglied im Hightech-Forum der Bundesregierung und tätig in zahlreichen Beratungsgremien von Bundesregierung und Fraktionen, von Zivilgesellschaft und Wirtschaft.*

**Kontakt:** [ansgar.klein@b-b-e.de](mailto:ansgar.klein@b-b-e.de)

---

<sup>4</sup> In den Jahren 2009/2010 hat das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement mit 400 ExpertInnen in 16 Foren ein „Nationales Forum für Engagement und Partizipation“ durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in 4 Bänden dokumentiert (BBE 2009a und b, 2010 a und b).

## Literatur

BBB 2009a: Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Materialien und Dokumente Band 2, Dezember, 144 S., Eigenverlag, Berlin.

BBE 2009b: Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Erster Zwischenbericht., 261 S., Eigenverlag, Berlin.

BBE 2010a: Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Materialien und Dokumente Band 3, Juli 2010, 172 S., BBE-Eigenverlag, Berlin, ISBN 978-3-00-031931-0.

BBE 2010b: Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Materialien und Dokumente Band 4, Dezember 2010, 152. Seiten., BBE-Eigenverlag, Berlin, ISBN 978-3-00-033445-0.

BBE-SprecherInnenrat 2016: Herausforderungen für die Engagement- und Demokratiepolitik. Engagementpolitische Empfehlungen des BBE zur Bundestagswahl 2017, aus einem Vorbereitungspapier für die BBE-Mitgliederversammlung, Berlin (unveröffentlicht).

Behrmann, Günther C. 1988: Politisches und soziales Lernen, in: Mickel/Zitzlaff, 141-147.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009.

Claußen, Bernhard 1996: Soziales Handeln und politisches Lernen. Zur Bedeutung von Handlungs- und Lebensweltorientierung in den Konzeptionen Politischer Bildung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 9, Heft 3, 26-39.

Deutscher Bundestag 2002: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bericht – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, Opladen.

Dewey, John 1993: Demokratie und Erziehung (engl.1918), hgg. von Oelkers, J., Weinheim-Basel.

Edelstein, Wolfgang 2012: Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert. In: Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter/Rademacher, Helmholt (Hrsg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik 2012, Schwalbach/Ts., S. 39–51.

Edler, Kurt 2012: Eine demokratiepädagogische Partnerschaft im Council of Europe, in: Beutel, Wolfgang/ Fauser, Peter/ Rademacher, Helmholt (Hg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik 2012: Schwalbach/Ts., 262-265.

Evers, Adalbert 2014: Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen, Papier für die AG „Zivilgesellschaftsforschung“ des BBE am 14.11.2014. Berlin.

Frankenberg, Günter 1997: Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft, Frankfurt/M.

Galston, Q.A. 2003: Political knowledge, political engagement and civic education, in: Politische Bildung, Jg. 36, Heft 4, 96-114.

Grammes, Tilman 1999: Handlungsorientierung. In: Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 1: Didaktik und Schule, Schwalbach/Ts., S. 99–101.

Hartnuß, Birger / Olk, Thomas / Klein, Ansgar 2011: Engagementpolitik, in: Olk, Thomas / Hartnuß, Birger (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim und Basel: Juventa, S. 691-704.

Helferich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) 2012: Commons. Für eine neue Politik jenseits von Staat und Markt. Bielefeld.

Hummel, Konrad 2014: Bürgerbeteiligung als kritische Weichenstellung für die lokale Demokratie, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Online: [http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus\\_2014-1\\_hummel.pdf](http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2014-1_hummel.pdf)

Klatt, Johanna / Walter, Franz 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement (unter Mitarbeit von David Bebnowski, Oliver D'Antonio, Ivonne Kroll, Michael Lühmann, Felix M. Steiner und Christian Woltering), Bielefeld.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung, Opladen.

Klein, Ansgar 2011: Zivilgesellschaft, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hg.): Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch, Becksche Reihe, Verlag C.H. Beck 2011, München, 344-348.

Klein, Ansgar/ Hugenroth, Reinhild 2013: Kompetenzbilanz und freiwilliges Engagement: Ein Diskurs im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) schreitet voran, in: Marcus Flachmeyer/Andreas Schulte Hemming (Hg.): Den Schatz der Erfahrungen heben. Kompetenzbilanzen und bürgerschaftliches Engagement (In Kooperation mit dem BBE), S. 167-173, Schriftenreihe Praxisbücher, Bd. 1, Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG Münster.

Klein, Ansgar 2013a: Engagement im gesellschaftspolitischen Diskurs. Historischer Rückblick, Bestandsaufnahmen und ein engagementpolitischer Blick nach vorn, in: Stiftung Mitarbeit, Eigenverlag, Bonn, S. 107-130 und unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement und Engagementförderung: Rückblick und Ausblick“ im E-Newsletter „Wegweiser Bürgergesellschaft“ der Stiftung Mitarbeit 11/2013 vom 21.06.13: [http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_klein\\_130621.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_klein_130621.pdf)

Klein, Ansgar 2013b: Politische Bildung, in: Hartnuß, Birger / Hugenroth, Reinhild / Kegel, Thomas (Hg.): Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen, Bd. 2 der Reihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“, Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts., 113-124.

Klein, Ansgar/ Olk, Thomas 2014: Transsektorale Vernetzung und assoziative Demokratie. Erfahrungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), in: Ruth Simsa/Annette Zimmer (Hg.): Quo vadis? Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement; Wiesbaden. VS Springer Verlag, Bd. 46 der Reihe Bürgergesellschaft und Demokratie, S. 431-448.

Klein, Ansgar/ Rainer Sprengel/ Johanna Neuling,( Hg.) 2014: Jahrbuch Engagementpolitik 2014. Engagement- und Demokratiep politik, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 237 S., Bd. 3 der BBE-Buchreihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“, Schwalbach/Ts., Wochenschau-Verlag.

Klein, Ansgar 2015a: Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation, in: BBEnewsletter Nr. 1 vom 8.1.2015.

Klein, Ansgar 2015b: Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 65, Heft 14-15/2015 vom 30. März 2015, S. 10-15.

Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna 2016: Jahrbuch Engagementpolitik 2016. Engagement und Partizipation, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 205 S., BBE-Buchreihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“, Schwalbach/Ts., Wochenschau-Verlag.

Klein, Ansgar/ Schwalb, Lilian 2016: Bürgerschaftliches Engagement als Lernfeld und Bildungsort. Eine vielfältige kommunale Bildungslandschaft ermöglicht politische Teilhabe, in: Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2016. Engagement und Partizipation, Schwalbach/Ts., 148-153.

Marshall, Thomas H. 1992 (1959): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M.-New York: Campus (*Social class and class conflict in industrial societies*. Routledge, London).

Meyer, Thomas 1999: Werte, in: Richter, Dagmar/ Weißeno, Georg (Hg.) 1999: Lexikon der politischen Bildung, Bd. 1: Didaktik und Schule, Schwalbach/Ts., 259-261.

Nationaler Arbeitskreis OGP 2016: Gemeinsam in die Zukunft. Deutschland in der Open Government Partnership Grundlagenpapier für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) mit inhaltlichen Empfehlungen für künftige nationale Aktionspläne der Bundesregierung, Juli 2016 - Version 1.0: [https://opengovpartnership.de/files/2016/07/OGP-160722-Grundlagenpapier\\_AK\\_OGP\\_Deutschland\\_Empfehlungen-nationale\\_Aktionsplaene\\_V\\_1\\_0.pdf](https://opengovpartnership.de/files/2016/07/OGP-160722-Grundlagenpapier_AK_OGP_Deutschland_Empfehlungen-nationale_Aktionsplaene_V_1_0.pdf)

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger 2011: Bürgerschaftliches Engagement, in: dies. (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim und Basel, S.145-161.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden.

Rauschenbach, Thomas/ Dux, Wiebken/ Sass, Erich (2008): Informelles Lernen im Jugendalter: Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte (Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfeforschung), Weinheim.

Rödel, Ulrich/Frankenber, Günter/Dubiel, Helmut 1989: Die demokratische Frage, Frankfurt/M.

Ross, Paul-Stefan 2012: Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden.

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Bonn.

Schmalz-Bruns, Rainer 1995: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik, Baden-Baden.

Sliwka, Anne (2001): Demokratie lernen und leben: Gutachten und Empfehlungen. -, Bd. 1. Probleme, Voraussetzungen, Möglichkeiten, Bd. 2. Das anglo-amerikanische Beispiel, Weinheim (Freudenberg Stiftung).

#### **Redaktion**

#### **BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)